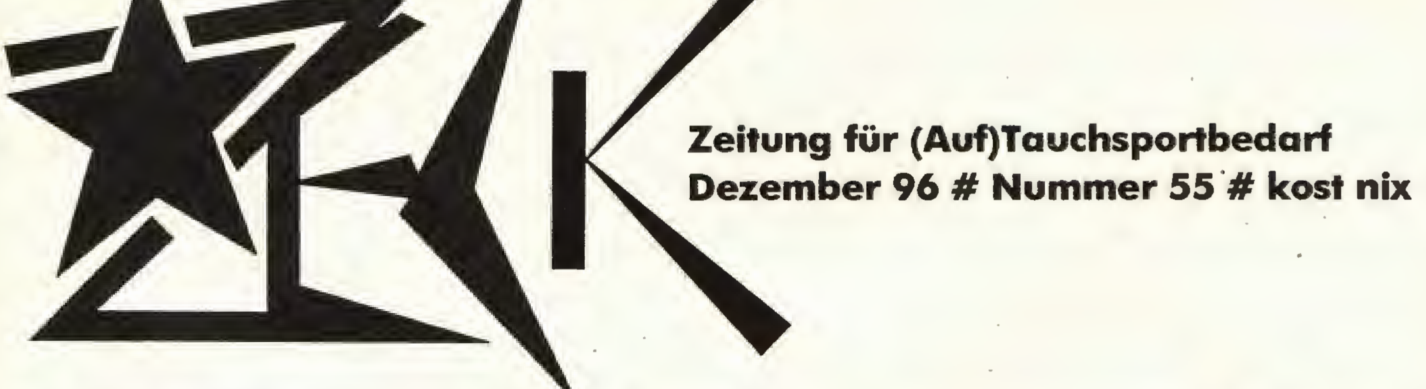


Zeitung für (Auf)Tauchsportbedarf
Dezember 96 # Nummer 55 # kost nix

Hallo!

In dieser Zeck findet ihr ein Papier zu Werner Hoppe, der jahrelang für die Stasi arbeitete und dessen Stasi-Akten die wesentliche Grundlage für den gerade in Frankfurt stattfindenden Prozeß gegen Monika Haas bilden.
An diesem Fall wird beispielhaft die weitgehend unaufgearbeitete Geschichte der Zusammenarbeit einzelner Leute aus der linke Szene mit dem MfS der DDR deutlich.
Um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur DDR und ihren Staatsorganen geht es auch bei einer Veranstaltung am 10. Dezember in der B5. Unter dem Titel »Siegerjustiz. Angeklagt: DDR« wird dort zur Solidarität mit ehemaligen DDR-Grenzsoldaten und Generälen der NVA aufgerufen. Vielleicht geht es ja dort auch um die Frage, das uns denn eigentlich mit den Vertretern der Militär und Repressionsapparate des ehemaligen Realsozialismus verbinden soll.

eure zecken



Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Nils Holgerssohn, Holländische Reihe 13, 22765 Hamburg

Inhalt

Vorladungen vor den Bundesgerichtshof

Im Verfahren gegen den VS-Agenten Steinmetz sind erneut ZeugInnenvorladungen ergangen; vier GenossInnen (eine davon Ursula Quack) sollten um den 28.11.96 herum vor dem Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe verhört werden (bei Redaktionsschluß lagen uns keine Informationen über den Ablauf der Vorladungen vor, es muß aber von der Verhängung von Beugehaft ausgegangen werden; d.Red.).

Die aktuellen ZeugInnenvorladungen gehören zu den Möglichkeiten, die die über zehnjährige Tätigkeit des VS-Agenten Steinmetz in der radikalen Linken für die Staatsschutzapparate geschaffen hat. Im Zusammenhang des Ermittlungsverfahrens gegen Steinmetz gab es bereits neun Vorladungen, die zur Verhängung von Beugehaft gegen sechs Personen führten. Im Februar 96 gab es gegen 25 weitere Personen, hauptsächlich aus Wiesbaden, Vorladungen vor das Bundeskriminalamt, zu denen niemand von ihnen hinging. Zwei von diesen Leuten sind nun auch vor den BGH geladen.

Am massivsten war bisher das Wohnprojekt Fritzlarer Straße in Frankfurt betroffen: Fünf Hausdurchsuchungen, vier BewohnerInnen befanden sich ab Dezember 95 mehrere Monate in Beugehaft. Andrea Wolf, eine ehemalige Bewohnerin der „Fritze", entzog sich ihrer Vorladung vor die Bundesanwaltschaft am 20.7.95 und lebt seither in der Illegalität. Inzwischen läuft gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen §129a „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" und wegen Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag der RAF gegen den Knastneubau Weiterstadt.



Veranstaltungshinweis

Siegerjustiz

Angeklagt: Die DDR

Im Westen (fast) unbemerkt gibt es in Ostdeutschland seit 1990 eine Welle von tausenden Ermittlungsverfahren und hunderten politischer Prozesse. Vor Gericht stehen Generale und Grenzsoldaten, Richter, Schöffen und Staatsanwälte, ehemalige SED-Politbüromitglieder oder Angehörige der DDR-Nachrichtendienste.

Wir wollen informieren über die politisch-historischen Hintergründe der Kriminalisierungswelle, die juristischen Konstruktionen, persönliche Eindrücke aus den Verhandlungen, Widerstand, Proteste und Beispiele von Solidarität.

Eingeladen wurde Klaus Feske vom „Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland" und ein Verurteilter aus dem Prozeß gegen Generale der Grenztruppen der DDR.

Dienstag, 10.12., 20 Uhr, B5



Farbflaschen auf Wrocklage

Am 4.November wurde der Dienstwagen von Innensenator Wrocklage in Altona mit Steinen und Farbflaschen beworfen. Wrocklage war auf dem Weg zu einer Veranstaltung der Türkischen Gemeinde zur Erleichterung der Einbürgerung.

Wir dokumentieren das vor Ort gefundene BekennerInnenschreiben:

"Die Verantwortlichen für Sozialabbau und Flüchtlingsabschiebung angreifen! Innensenator Wrocklage betreibt die immer stärkere Unterdrückung und Ausgrenzung von Flüchtlingen in Hamburg. Hand in Hand mit seinem bayrischen Kollegen organisiert er die möglichst schnelle Abschiebung von bosnischen Kriegsflüchtlingen. Parallel dazu entwirft Wrocklage Pläne, Obdachlose und BettlerInnen aus der Innenstadt zu vertreiben und mit Repression zu überziehen. Radikal gegen Ausbeutung und Unterdrükkung! Für ein solidarisches Leben! Bleiberecht für alle! Offene Grenzen!."



Willkommen Matthes!

Am 25.11.96 ist Matthes, der letzte Gesuchte im „radikal"-Verfahren, zurückgekehrt. Im Zuge der bundesweiten Durchsuchungen am 13.6.95 tauchte er gemeinsam mit drei weiteren Beschuldigten unter, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen. Genau ein Jahr später kamen Jutta, Frank und Ulli zurück, um sich den Verfahren zu stellen.

In einer Erklärung nannte Matthes als Gründe für sein Wiederauftauchen die Einstellung des AIZ-Verfahrens gegen ihn, sein Wunsch aktiver an Diskussionen beteiligt zu sein und (nachdem mit Frank auch der letzte in U-Haft Eingeknastete aus dem Verfahren freigelassen worden ist) die Hoffnung, auf freiem Fuß bleiben zu können.

Knapp 200 Menschen begleiteten Matthes auf einer Demo durch die Bremer Innenstadt zu einer Pressekonferenz. Am nächsten Tag, dem 26.11., stellte sich Matthes in Düsseldorf dem OLG, das beschloß den Haftbefehl nicht zu vollstrecken, d.h. Matthes bleibt gegen 20.000,- DM Kaution (zumindest bis zu einer evtl. Verurteilung) in Freiheit.

Castor NIX 3

Die Vorbereitungen für die Tage X 3 gehen weiter, auch wenn die Transporte der drei Castor-Behälter, die in Neckarwestheim und Grundremmingen vor sich hin strahlen, in diesem Jahr nicht mehr stattfinden werden.

Im Dezember wird ein Castor-Info-Dienst verschickt werden, der den aktuellen Stand der Ereignisse und Planungen zusammenfaßt.

Am Sonnabend, den 7. Dezember findet um 15 Uhr ein Ratschlag / Delegiertenplenum zur Vorbereitung der NIX 3-Kampagne statt: Aktionen, regional und überregional von jetzt bis April, Aktionstag im Februar?, Arbeitsgruppen, Diskussion des Aufrufentwurfs der BI Umweltschutz...

Vor diesem Treffen, von 13 bis 15 Uhr, soll eine Diskussionsrunde stattfinden zu dem Themenkomplex "Widerstandsformen und öffentliche Darstellung". Sowohl militante als auch gewaltfreie Aktionen wie auch die Medienhetze gegen die Anti-AKW-Bewegung haben in der letzten Zeit immer wieder Anlaß zu Diskussionen um Aktionsformen und zum Umgang mit den Medien gegeben. Klar ist, daß nicht alle Anti-AKW-Bewegten von allen Widerstandsformen gleichermaßen begeistert sind. Aber, um sich nicht mit Spaltungsvorwürfen und durch Distanzierungseiertänze gegenseitig auszugrenzen, sind faire Auseinandersetzungen vonnöten.

Zu dieser Diskussionsrunde ist inhaltlich noch nichts genaues vorbereitet. Empfehlenswert sind zum Nachlesen unter anderem die Debattenbeiträge in den letzten Ausgaben der Anti-Atom-Aktuell. Eigene Thesen- / Positionspapiere sind sehr willkommen.

Ort beider Veranstaltungen: Bauernstuben, Trebel, Wendland



Antifa-Demo in Wurzen

Wer hätte das gedacht?!

6.000 Menschen demonstrierten am 16.11.96 in Wurzen bei Leipzig gegen die nazistische Organisierung in der Region. Während der dreistündigen Demonstration durch die 17.000-Seelen-Stadt flogen vereinzelt Steine gegen PolizistInnen, zwei Polizeiautos wurden beschädigt und eine Bank entglast. Die Bullen-Einsatzleitung vermutete die Schuldigen in den norddeutschen Bussen und wollte diese daher bei der Abreise durchsuchen lassen, was die „Insassen" verweigerten. Während das bayrische USK deswegen die Busse stürmen wollte, weigerten sich die Leipziger BereitschaftsbeamtInnen, die Bustüren freizugeben an denen sie postiert waren. Schließlich reiste der Leipziger Polizeipräsident an und notierte sich die Personalien in allen Bussen. Erst kurz vor Mitternacht durften die Busse nach über vier Stunden weiterfahren.

FrauenLesben Aktionstag 7. Dezember 1996

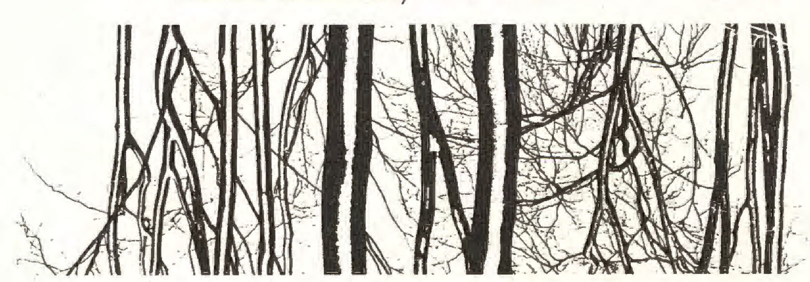
11 Uhr: FrauenLesben-Demo Sandplatz, Marktstr./Grabenstr. Dolmetscherinnen für Gebärdensprache und Türkisch angefragt

Nach der Demo: Kaffee & Kuchen zum Aufwärmen im LesbenFrauen-Treff (Mathildenstr.4)

Ab 15 Uhr: im Libertären Zentrum (Karolinenstr. 21, Haus 2) Flohmarkt (Anmeldung CAFE & BUCH, Marktsr.114, 4322474) Info- und Büchertische Diskussionsveranstaltungen: "FrauenLesben im Knast", "Gewalt gegen Lesben"

Abends: Veganes Essen LesbenFrauenband "Queer Dog Shanti"

Nachts: Tanz in der FrauenLesbenDisco B 5 (Brigittenstr. 5), (Die Räume des Lesben/Frauen-Treffs sind rolligerecht. Das Libertäre Zentrum ist im Erdgeschoß befahrbar und die Toilette ist leider nur mit Assistenz zu benutzen.)



Rassistische Schläger

Vor dem Hamburger Amtsgericht endete am 14.11.96 der Prozeß gegen fünf Beschäftigte des privaten Sicherheitsdienstes A.S.S., die als Wachleute in der Ausländerbehörde Amsinckstraße eingesetzt waren. Den Männern wurde wiederholte Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung von BesucherInnen der Behörde vorgeworfen. Zahlreiche Opfer und Zeugen sind (fast zwei Jahre nach den behandelten Vorfällen) bereits abgeschoben worden oder waren nicht auffindbar. Die Aussagen der verbliebenen ZeugInnen schilderten offensichtlich häufig vorkommende Mißhandlungen durch die „Sicherheitsleute". Dabei, so Zeugen, trauen sich die meisten Opfer aufgrund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus nicht, Anzeige zu erstatten.

Gegen zwei Beschuldigte wurde das Verfahren „wegen Geringfügigkeit" gegen eine Geldstrafe von 2.000,- DM eingestellt. Die Angeklagten Sven Sadewater und Andreas Kaspar erhiehlten Bewährungsstrafen von je einem Jahr und eine Geldbuße von 1750,- bzw. 3500,- DM, Andreas Pötter eine 18-monatige Knaststrafe.

Die Wende nach der Wende -
Medienberichterstattung zum Prozeß in Lübeck

Die Hauptverhandlung gegen Safwan Eid ist am 16. September dieses Jahres eröffnet worden. In 10 Verhandlungstagen sollte er ursprünglich abgeurteilt - oder »mangels Beweisen« freigesprochen werden: in jedem Fall jedoch rechtzeitig zum Ende der Duldung der Überlebenden des Brandanschlags vom 18. Januar. ZeugInnen des rassistischen Denkens und Handelns der Deutschen können in diesem Land nicht länger geduldet werden. Die Geduld der Deutschen ist zu Ende: sie verlangen die Vollstreckung des Anschlags, der 10 Menschen tötete. Die übrigen müssen wenigstens vertrieben bzw. durch staatliche Stellen abgeschoben werden.

Der gesellschaftliche Konsens, der derartiges hervorbringt und trägt spiegelt sich auch in der Medienlandschaft wieder.

Im Vorfeld ließ sich ein Dreischritt im Mediendiskurs feststellen (ausführlich zur Medienberichterstattung vor dem Prozeß: Miriam Lang in: »Der Lübecker Brandanschlag« Hrg. von Wolf-Dieter Vogel).

Als die Grevesmühlener Jugendlichen freigelassen und Safwan Eid nach der Aussage des Sanitäters festgenommen worden war, sahen sich viele Medien zu Kritik und Selbstkritik veranlaßt. Sie seien vorschnell von einer rechtsextremistischen Täterschaft ausgegangen. Entschuldigungen waren an der Tagesordnung: bei den LübeckerInnen im allgemeinen und bei den Grevesmühlener Jugendlichen im Besonderen. Als nächstes folgte eine einzigartige Vorverurteilungskampagne in der wüste Spekulationen und Mutmaßungen der Staatsanwaltschaft zu Tatsachen umgelogen wurden. Gleichzeitig betätigten sich die Medien als Erfüllungsgehilfen und versuchten das Staatsanwaltschaftliche Konstrukt durch eigene »Recherche« zu untermauern.

Eine neuerliche Wendung nahm die Berichterstattung nach der Freilassung von Safwan Eid aus der Untersuchungshaft, was wohl der Sensation der Enthüllung immer dreisterer Lügen und Manipulationen zum Schutz der mutmaßlichen Täter aus Grevesmühlen und dem Run auf eine spektakuläre Story geschuldet war. Immerhin: Viele Zeitungen, die sich über Monate hinweg der staatsanwaltliche Version verschrieben hatten, berichteten nun ausführlich über die Widersprüche, die bereits seit Monaten offenkundig waren ohne der Presse auch nur eine Zeile wert gewesen zu sein.

Zu dem skizzierten Dreischritt ist ein vierter dazugekommen: Seit Beginn der Hauptverhandlung haben sich die Schreiberinnen und Schreiber erneut formiert, eine Verurteilung Safwan Eids voranzutreiben.

»die tageszeitung« prescht vor

Maßgeblich hieran ist die Redaktion des überregionalen Teils der taz beteiligt, beziehen sich doch JournalistInnen anderer Medien immer wieder auf die Berichterstattung in der taz, um ihre eigene rassistische Stimmungsmache abzusichern. »Die Anklage gegen Safwan Eid gewinnt für unbefangene Prozeßbeobachter - von der taz (...) bis zur FAZ von Verhandlungstag zu Verhandlungstag durchaus an Plausibilität«. (stern vom 1.11.)

Am 16. September hatte Bascha Mika ein letztes Mal das Wort zu Lübeck, bevor sie ersetzt wurde. »Wer's war, ist eine Glaubensfrage«. »Die Verteidigung ... munitioniert handverlesene Pressevertreter mit Material. (...) Ob es mit Wahrheitsfindung zu tun hat, soll der Prozeß zeigen«. Bascha Mika hat sich gleichermaßen profiliert und diskreditiert: Ihre voyeuristichen Beiträge zum »Liebesnest in der Brandruine« (taz 6./7. Juli) und ihre mitfühlende Anteilnahme mit einem »debilen verdächtigen Jungmann aus Grevesmühlen« haben zur Unterhaltung und zur Entlastung der deutscher Täterschaft ausgedient. Die bisherige Linie der Entsolidarisierung wird jedoch beibehalten und wächst sich mit Jan Feddersen zur rassistischen Hetze und verbissenen Aggression gegen alle aus, die Rassismus erkennen, in dem staatsanwaltschaftlichem Konstrukt wie in der Beschuldigung und Verurteilung der Überlebenden in der öffentlichen Meinung. »Ein Zuhörer im ersten Gerichtsrang *bellt* plötzlich: 'Freiheit für Safwan Eid! Schluß mit dem Schauprozeß! Die faschistischen Mörder sind noch frei!'« (taz vom 17.9. Hervorhebung. d. Verf.)

Den Soli-Gruppen, »die den jungen Mann nie für den Täter, immer für ein Opfer hielten« wird der historische Unsinn unterstellt, »den Brand und seine juristischen Folgen als ähnliches Menetekel wie den Reichstagsbrand 1933 zu begreifen« (taz vom 23.9.) Ein absurdes Motiv, auf das in der Folgezeit wiederholt zurückgegriffen wird, um die politische Einordnung des Prozesses zu diskreditieren. Schließlich sei eine Analyse, die den rassistischen Konsens zum Ausgangspunkt ihrer Einschätzung macht, »paranoid«, von »falschen Gewißheiten« getragen und schlichtweg »Raspelanalyse« (taz vom 16.9.)

Jan Feddersen ist - nach eigener Aussage - fest von der Schuld Safwan Eids (und aller anderen Überlebenden?) überzeugt. »Das Alter entscheidet darüber, ob Eid nach dem Jugend oder dem Erwachsenenstrafrecht bestraft wird.« (taz 16.9.) Zu bestrafen sei er allemal!

»Daß ihn die Anklage, für den Tod von zehn Menschen verantwortlich zu sein, beschwert, ist nicht ersichtlich (...) Kurz schaut er zu den beiden Staatsanwälten, bevor er seine Aussage beginnt. Auf die muß es provozierend wirken (...) Eid sieht frisch aus, wie einer, der bei einem Vorstellungsgespräch besonders korrekt scheinen will (...) Seine Anwältinnen müssen ihn gut vorbereitet haben (...) Er scheint es sogar zu genießen, seine Version darzulegen«. All dies weiß Jan Feddersen zum 2. Verhandlungstag zu berichteten und zeichnet bewußt das Stimmungsprofil eines Täters. (taz 19.9.)

Gleichzeitig bekundet Feddersen seine Symapthie und Anteilnahme für die Staatsanwälte Bieler und Böckenhauer. Er kann sich »eines Mitgefühls nicht erwehren«: »weder der eine noch der andere haben auch nur den Hauch einer Chance«. (taz vom 23.9.) Und das soll sich ändern. In einem Porträt läßt er Böckenhauer kräftig menscheln, daß es ihn, den »empfindsamen Juristen« zutiefst treffe, als Rassist tituliert zu werden. (taz vom 1.10.).

Um auch im Prozeß Boden gut zu machen, werden ZeugInnen, die mindestens eine halbe Stunde nach Brandausbruch am Brandhaus eintreffen und zu dieser Zeit das 1. OG brennen sehen, der staatsanwaltschaftlichen Version zugerechnet, unabhängig davon, daß sie von ihrem Standpunkt aus den brennenden Vorbau gar nicht einsehen konnten. (z.B.: taz vom 15.10. und 17.10.)

Richtig in die Vollen gehts dann in der taz vom 22.10.: »Im Hintergrund des Prozeßgeschehens rumort es kräftig. Denn der Verteidigung ist es bislang nicht gelungen, ihren Mandanten wesentlich zu entlasten.« Das ist das Resumeé des Jan Feddersen nach der vollständigen Einkreisung der Deutschen aus Grevesmühlen, nach dem Bericht zahlreicher ZeugInnen zum Ausbruch des Brandes im hölzernen Vorbau des Gebäudes, zur großen Hitze im Haus,



die Bitumen von der Decke tropfen ließ und die Jacken der Feuerwehrleute zum schmelzen brachte, die das Haus im Inneren zu löschen versuchten, zur unvergleichlich heftigen Verbrennung der Leiche von Sylvio Ammoussou, die nur durch einen Brandbeschleuniger zu erklären ist.

Die Berichterstattung löst sich vollständig vom tatsächlichen Prozeßgeschehen und die Beweislast wird umgekehrt. Nicht die Staatsanwaltschaft muß die juristische Konstruktion, die zur Anklage gegen Safwan führte, rechtfertigen, sondern die Verteidigerinnen haben die Unschuld Safwans zu beweisen.

Gänzlich als rassistisch outet sich Feddersen schließlich, als er im selben Artikel konstatiert, Nebenkläger-Familie El Omari würde sich nicht »wie die anderen Hausbewohner für die gleiche Prozeßstrategie (der Verteidigung, K.) einspannen lassen.« Diese haben bereits kurz nach der Verhaftung Safwan Eids in einer gemeinsamen Erklärung deutlich gemacht, daß sie ihn für unschuldig halten und dies auch ausführlich begründet. Ein Subjektstatus kommt den Überlebenden in der taz jedoch nicht zu. So werden sie zu Objekten der Verteidigung degradiert, die sich vor deren Karren spannen lassen.

Angriffsziel Verteidigung

Der Trend der taz, losgelöst von den im Prozeß dargelegten Fakten zu berichten, findet sich auch in anderen deutschsprachigen Publikationen. Und je weniger der Prozeß belastendes hergibt, umso mehr konzentriert sich derweil das Interesse auf die Verteidigerinnen. Sie stellen das neue Feindbild dar, in der Hoffnung, über diesen Umweg doch noch ein Urteil gegen Safwan Eid zu erreichen. Sollte es zu einem Freispruch kommen, so soll bereits jetzt festgestellt werden, daß dieser wohl nicht der Unschuld Safwan Eids, sondern der »kaltblütigen Art« der Verteidigerinnen, die stets »knallhart« (Hamburger Abendblatt vom 14.11.) und »erbarmungslos« (Süddeutsche Zeitung vom 21.11.) nachfragen sowie deren Fähigkeit, »die Öffentlichkeit zu instrumentalisieren« (taz vom 25.11.) geschuldet ist. Dabei wird die Verteidigerin zu der zentralen Figur aufgebaut, die nach belieben die Fäden im Prozeß zieht. »Die Hamburger Rechtsanwältin, eine knabenhaftstrenge, betont sachlich und entschieden auftretende Frau, beherrscht die Szene. Sie tätschelt Eids Hand, sie organisiert die Aktionen linker und autonomer Gruppen gegen Rassismus und Faschismus zugunsten ihres Mandanten, sie koordiniert eine 'Internationale Unabhängige Kommission', die das Verfahren auffällig begleiten soll. Denn: die Opfer sind 'von deutschen Mördern umgebracht' worden. An Frau Heineckes Seite Barbara Klawitter aus Hannover, äußerlich der Gegentyp ihrer Mitstreiterin, die perfekte Ergänzung, langhaarig, kurzer Rock und schwarze Strümpfe, betörend im Augenaufschlag und samtweich im Ton, selbst bei aggressivstem Angriff.« (Spiegel vom 30.9.)

Sexismus pur ist angesagt, wo es darum geht, die Verteidigung zu diffamieren und wo Fakten längst nicht mehr reichen für das Klima einer öffentlichen Vorverurteilung.

Die Staatsanwaltschaft folgte diesem Weg gegen die Verteidigung vorzugehen. Außer-

halb der Hauptverhandlung regte sie am 30.10. beim Gericht an, die Verteidigerin Gabi Heinecke zu entpflichten. Der Grund: Sie habe als Referentin an einer Veranstaltung zum Lübecker Prozeß in der frankfurter Katharinenkirche teilgenommen und dabei, so meint die Staatsanwaltschaft zynischer Weise, ihren Mandanten für politische Zwecke instrumentalisiert. Wohl nicht gerade zufällig berichtet der Stern 3 Tage später ausführlich über die Veranstaltung auf der Gabriele Heinecke, »die auch schon Ex-DDR Ministerpräsidenten Wille Stoph und das autonome Kampfblatt 'radikal' verteidigt hat« am Mikrophon steht und »plädiert«: »nicht nur für Freispruch für ihren Mandanten, sondern auch für Ermittlungen gegen die Lübecker Justiz« (stern vom 1.11.) »In einem gut eingespielten Pingpong« mit der UnterstützerInnen-Szene würde sie versuchen, im Gerichtssaal die Glaubwürdigkeit von Zeugen zu demontieren und draußen die Vertrauenswürdigkeit der Ermittlungsbehörden zu erschüttern. »Es soll ein politisches Klima entstehen, das eine Verurteilung des Angeklagten unmöglich mache« (stern 1.11.). Ein erneuter Umschwung der Medien wie nach der Freilassung Safwan Eids, als die mutmaßlichen deutschen Täter unweigerlich in den Mittelpunkt des Interesses rückten, soll sich nicht wiederholen bzw. bereits im Vorfeld unterbunden werden.
Auch die Süddeutsche Zeitung sieht zwei Verteidigerinnen »die sich vergeblich Mühe geben einen politischen Rahmen zu konstruieren« und die an »Verschwörungskulissen weiter bauen, die lange vor Beginn der Verhandlung errichtet wurden und den jungen Libanesen abschirmen sollen vor dem schrecklichen Verdacht ein Brandstifter zu sein.« (Süddeutsche Zeitung vom 21.11.)
So gelingt es in einem Abwasch in der Öffentlichkeit die Verteidigerinnen zu demontieren und trotz fehlender Alibis der Grevesmühlener, trotz frischer Sengspuren an Haut und Haaren und den dafür erfundenen Ausreden, trotz Anwesenheit am Brandhaus zur Tatzeit und trotz der Tatsache, daß einer der Tatverdächtigen in einem Kneipengespräch seine Tatbeteiligung eingestanden hat, eine Tatbeteiligung der zuerst verhafteten rechtsradikalen Grevesmühlener ins Reich der Verschwörungstheorien zu verbannen.
In einem Interview mit Jan Feddersen in der taz geht die Kieler Kriminologin Monika Frommel schließlich so weit, zu behaupten, die Staatsanwaltschaft hätte das Verfahren gegen Safwan Eid schon längst eingestellt. Lediglich die schweren Anschuldigungen gegenüber der Staatsanwaltschaft seien der Grund, weswegen diese nun öffentlich demonstrieren müsse, daß sie einst sachliche Gründe hatten. (taz vom 25.11.)

Konstruktion einer »Kronzeugin«

Wenn auf der einen Seite versucht wird, über die Diskreditierung der Verteidigerinnen Stimmung zu Lasten Safwan Eids zu erzeugen, so wurde von den Medien auf der anderen Seite Assia El Omari zur Kronzeugin aufgebaut. Aufklärung über den Motivhintergrund eines tödlichen Streits im Haus erwartet die taz bereits im Vorfeld aus den Berichten der Familie El Omari: »Sicher ist allerdings schon jetzt, daß es sich beim Haus an der Hafenstraße keineswegs um ein alternatives Asylbewerber-Bullerbü gehandelt hat. Im Gegenteil (...) Insofern könnte von heute an die Forderung von SOKONI, 'die Überlebenden des Brandanschlags von Lübeck müssen gehört werden', in einem anderen Sinn in Erfüllung gehen: Nicht als Erzählung darüber, wie einmütig alle einstigen Hausbewohner hinter Safwan Eid stehen, sondern als Bericht über Konflikte und Streitigkeiten,« hofft Jan Feddersen am 6.11.
Daß die Aussage Assia El Omaris dann letztendlich ein Sammelsurium von Widersprüchen und frei erfundenem war, tat für die Presse nichts zur Sache und wurde so gut wie nicht erwähnt. »Die Zeugin hielt dem Trommelfeuer der Verteidigerinnen stand« (Kieler Nachrichten vom 14.11.) Was einzig und allein zählt ist ihr Versuch Safwan Eid zu belasten und die Tatsache, daß sie erstmalig angibt, gegen 1 Uhr in der Brandnacht Streit gehört zu haben. Zwar will sie die Stimmen auf »afrikanisch« gehört haben, aber es wird den bemühten VertreterInnen der Presse sicherlich noch gelingen, dies mit Safwan Eid in Zusammenhang zu stellen.
Erst einmal mußte die Glaubwürdigkeit der Kronzeugin, die sich bemüht, »von keiner Partei vereinnahmt zu werden«, deren »Unterschrift unter dem Glaubensbekenntnis« (Frankfurter Rundschau vom 21.11.) - gemeint ist die gemeinsame Erklärung der übrigen Überlebenden - fehle, in der Öffentlichkeit hergestellt werden. Schließlich haben die El Omaris auch »nicht an Demos teilgenommen« (taz vom 6.11.) oder gar, wie ihr Anwalt im Prozeß ausdrücklich erklärte, die Justiz als eine rassistische dargestellt. Schließlich habe sich die Familie auch nicht »dem alternativen Zeugenschutzprogramm durch die aus der Hamburger Szene stammenden Rechtsanwälte unterworfen« (taz vom 6.11.)
So soll die Tatsache, daß sich andere Überlebende gegen die stundenlangen Vernehmungen bei der Polizei, gegen die rassistische motiviert Tätersuche unter den Opfern und die monatelange Einknastung von Safwan Eid aufgrund einer abstrusen staatsanwaltschaftlichen Konstruktion gewehrt haben, nun auf sie selbst zurückgeworfen werden. Nur wer Safwan Eid belastet, so wollen die MedienvertreterInnen suggerieren, kann eine glaubwürdige Zeugin/ein glaubwürdiger Zeuge in der Hauptverhandlung sein.
»Die Suche nach der Wahrheit« (Kieler Nachrichten, 11.9.96), die deutsche Justiz, Politik und Öffentlichkeit befriedigt, kann in dieser Hauptverhandlung nur die Schuld der Überlebenden des Brandanschlags vom 18. Januar 1996 sein: die mutmaßlichen Täter aus Grevesmühlen, die frische Brandverletzungen aus dieser Nacht davontrugen - die maßgeblichen Ermittler, die alles tun, ihnen ein Alibi für die Tat hinterherzutragen - die mutwilligen Deutschen, die die Grevesmühlener morgen nicht nur schützen sondern als Helden auf ihren Schultern tragen wollen - stehen nicht unter Anklage - weder juristisch noch politisch. »Lübeck will wissen, wer (von den Überlebenden, d. Verf.) es war«. (Hamburger Abendblatt, 13.9.96).

Karlson

Prozeß in Lübeck gegen Safwan Eid

Seit Mitte November sagen in Lübeck die Überlebenden des Brandanschlages vor Gericht aus. Im Mittelpunkt des Interesses der Staatsanwälte und Richter steht dabei die Frage nach dem Verhältnis der HausbewohnerInnen untereinander: Nach wie vor soll hier ein Motiv konstruiert werden, und so bekommt selbst eine Auseinandersetzung mit einem Bediensteten des Diakonischen Werkes um fehlendes Klopapier eine gewichtige Bedeutung.
Zunächst sagten Aida Alias und ihr 17jähriger Sohn George vor Gericht aus. Sie betonten, daß es lediglich zu kleineren unbedeutenden Streitigkeiten zwischen Kindern im Haus gekommen sei, ansonsten aber eine gute Stimmung herrschte. Im weiteren Verlauf ihrer Aussage wiesen sie darauf hin, daß ein Fenster im hölzernen Vorbau so leicht auf zu drücken gewesen sei, daß die Kinder sich häufig einen Spaß daraus machten, dort ein und aus zu steigen.
Während diese Aussagen in den Medien so gut wie keine Beachtung fanden, änderte sich dies schlagartig mit dem Auftritt von Frau Assia El Omari. Ein unausgesprochenes Ziel, mit ihrer Aussage Safwan Eid und eventuell andere Hausbewohner zu belasten, ist nicht zu verkennen. So stellte sie sich zum einen als die unabhängige Zeugin dar, die die Wahrheit sagen müsse, weil doch alle anderen HausbewohnerInnen lögen. Als Grund für die von ihr gewählte Selbstisolation gegenüber den ehemals befreundeten HausbewohnerInnen gab sie an, diese würden zu gunsten Safwan Eids lügen, wenn sie behaupten, das Fenster zum Vorbau sei leicht von Außen zu öffnen gewesen.
Ein Vergleich der von Assia El Omari gemachten Aussage in der Hauptverhandlung mit ihren bisherigen Angaben ergab an zahlreichen Punkten gravierende Widersprüche, die sich auch nicht auflösen ließen. Hatte sie zunächst angegeben, in der Brandnacht tief und fest geschlafen zu haben, will sie jetzt nur noch einen leichten Schlaf gehabt haben. Früher sei der von ihr bemerkte Rauch eindeutig aus dem Treppenhaus gekommen, jetzt soll er aus dem Fußboden des Flures gekommen sein. Hat man sich nach Erinnerung der Zeugin im Januar 96 im Haus geholfen, will Frau El Omari dies gerade in Bezug auf Familie Eid jetzt nicht mehr erinnern. Hat sie im Januar noch angegeben, sie habe Safwan Eid im Bus aus den Augen verloren, behauptet sie jetzt, alles beobachtet zu haben. Hatte sie noch bei ihrer Aussage am 4.7.96 erklärt, Safwan Eid sei wie alle anderen auch mit Ruß verschmutzt gewesen, ist sie nun sicher, ihre Tochter habe solche Spuren jedenfalls nicht im Gesicht, und Safwan Eid den meisten Ruß im Gesicht gehabt. In ihrer Aussage am 23. Januar berichtete sie noch nichts von Stimmen in der Brandnacht vor oder im Haus, am 18.4. gibt sie dann an, Schreie bzw. Laute vor dem Haus in der Hafenstraße gehört zu haben. In der Hauptverhandlung wird dies zum lauten Streit in »afrikanischer« Sprache. Schließlich gibt sie an, Safwan habe nach der Einlieferung ins Priewall-Krankenhaus dieses mit Freunden sofort wieder verlassen, um zu duschen und sich neue Kleider zu besorgen (und suggeriert damit, er habe Spuren beseitigen wollen). Safwan Eids Freunde hätten dies in der Folgezeit als Fehler betrachtet.
Diese Geschichte ist frei erfunden, hatte doch Safwan bereits im Krankenhaus geduscht, hier wurden später auch seine Kleidungsstücke sichergestellt. Der Grund für diesen krassen Widersprüche und nachträglichen Erfindungen muß Spekulation bleiben. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß Frau El Omari aufgrund des Schmerzes über den Tod ihres Sohnes und der Erlebnisse in der Brandnacht nicht mehr in der Lage ist, ihre realen Wahrnehmungen von denen durch die Trauer verzerrt entstandenen Bilder zu unterscheiden. Erklärend wirkt auch eine Passage aus den polizeilichen Vernehmungen. Assia El Omari gab darin an, daß laut Zeitung und Fernsehen Safwan Eid der Täter sei, weshalb sie nach der Haftentlassung am 2.7. »erschrocken« gewesen sei. Hier hat die suggestive Wirkung der Festnahme und die Vorverurteilung in den Medien wohl zu dem festen Glauben geführt, daß man mit Safwan Eid den Täter habe. Als sich diese Projektionsfläche auflöste, versuchte sie durch neuerliche Aussagen, die sich immer mehr dem staatsanwaltschaftlichen Konstrukt annäherten, diese weiterhin zu stützen.
Nahezu ohne Beobachtung der Medien mußte sich am 25. und 27. November Kibola Katuta fast 11 Stunden lang, d.h. länger als jede Zeugin und jeder Zeuge zuvor, insbesondere den Fragen der Staatsanwälte Bieler und Böckenhauer stellen. Diese versuchten vergeblich, Katuta in Widersprüche zu verwickeln und ihn unter Hinweis auf seinen unsicheren Aufenthaltsstatus einzuschüchtern. Katuta hatte zuvor in seiner Aussage die Anklage in nahezu jedem Punkt widerlegt und seinerseits schwere Vorwürfe gegen die Ermittlungsbehörden erhoben.
Nennenswerte Zwistigkeiten habe es im Haus nicht gegeben, die Stimmung sei trotz der miserablen Wohnsituation gut gewesen. Zur Brandnacht schilderte er, daß »Hilfe«-Rufe ihn und seine Familie geweckt hatten. Seine Tochter habe die Tür zum Flur einen Spalt breit geöffnet, dabei schlug ihnen eine gewaltige Hitzewelle entgegen. So mußten sie durchs Fenster ins Freie fliehen. Kurz darauf lief Katuta ums Haus, um so seinen Bekannten Jean-Daniel Makudila zu warnen. Mit dessen Kindern hatte er nur Sicht- und Rufkontakt, eine Flucht ins Freie war für sie jedoch nicht möglich. da das Zimmerfenster klemmte. Der Vorbau brannte zu dieser Zeit lichterloh, die Flammen schlugen bis in den ersten Stock. All diese Bobachtungen machte Katuta eine geraume Zeit vor dem Eintreffen der ersten Polizei- und Rettungsfahrzeuge. Schließlich schilderte er, wie auch George und Aida Alias, daß das Fenster im Vorbau trotz Verriegelung leicht von Außen aufzudrücken war.
Wiederholt griff Katuta die Ermittlungsbehörden an, die sämtliche HausbewohnerInnen wie TäterInnen immer wieder vernommen hatten. So sei ihm zum Beispiel am Morgen nach der Brandnacht das Verlassen der ihm zugewiesenen Unterkunft vom dortigen »Wachpersonal« verwehrt worden. als er seine Frau und seine Tochter suchen wollte. Ihm wurde mitgeteilt, er habe dort zu bleiben, bis die Polizei komme und ihn abhole.

LKA-Gutachten zu den Fenstern im Vorbau

Während Medien und Staatsanwaltschaft weiterhin emsig an einer Verurteilung stricken, ist inzwischen sogar ein Gutachten des LKA Aktenbestandteil geworden, welches einen rassistischen Brandanschlag nahelegt.
Im Auftrag des Landgerichts Lübeck wurden die Fenster im Erdgeschoß eingehend untersucht. Dabei stellte das LKA fest, daß die Scheibe zum Büro des Diakonischen Werkes, dem die Verwaltung des Hauses unterstellt war und in dem sich ein Schlüsselkasten mit Schlüsseln für sämtliche im Haus befindlichen Schlösser befand, eingeschlagen worden war. Desweiteren wurden Hebelspuren am Fenster ausgemacht. Das LKA geht davon aus, daß zunächst die Scheibe eingeschlagen wurde, um durch die entstandene Öffnung den Drücker des Fensterflügels zu betätigen. Als sich das Fenster wegen einer verriegelte Zusatzsicherung nicht öffnen ließ, wurde es vermutlich durch Hebelkräfte gewaltsam aufgedrückt.
Desweiteren stellte das LKA fest, daß das Fenster im hölzernen Vorbau sich zwar nicht mehr regulär öffnen ließ, da die Verriegelungsmechanik nicht mehr bedienbar gewesen sei. Es bestehe jedoch, trotz der Einwirkung von Brand und Löschwasser ein Spiel im rekonstruierten Verriegelungszustand, der es erlaubt, von außen durch bloßen Druck das Fenster zu öffnen. Damit werden auch die Aussagen der HausbewohnerInnen, die entgegen der Familie El Omari angaben, daß Fenster sei leicht von außen zu öffnen gewesen, bestätigt.

Prozesse wegen 16.6.-Demo in Hamburg

Am 13.06.95 wurden von der BAW bundesweit 80 Wohnungen und Arbeitsstätten, davon 12 in Hamburg, wegen AIZ, radikal, K.O.M.I.T.E.E. und RAF durchsucht. In den Tagen davor und danach wurden massiv Menschen offen und sicherlich auch versteckt observiert. Der BAW ging es dabei nicht nur um eine großangelegte Durchleuchtung der linksradikalen Strukturen und der Zerschlagung der Struktur der "radikal", sondern auch um "zielgerichtete präventive Maßnahmen" zur Einschüchterung der Linken (Kanther, 13.06.95).

Als Reaktion auf den Angriff der BAW hat am 16.06.95 in Hamburg eine Demo stattgefunden. An den Messehallen, wo zeitgleich der ev. Kirchentag stattfand, sammelten sich ca. 500 Menschen, aber schon nach einem kurzen Weg durch das Karoviertel wurde die Demo von einem aggressiven Großaufgebot der Bullen mit der Begründung der Vermummung diverser DemoteilnehmerInnen gestoppt. Weil klar war, daß es kaum durchsetzbar gewesen wäre, die Demo wie geplant durchzuführen, wurde beschlossen zum Auftaktort zurückzugehen und die Demo dort vorläufig zu beenden. Auf einem anschließenden Plenum wurde verabredet, eine Spontan-Demo zur Davidswache, wo zeitgleich im Rahmen des Kirchentages eine Mahnwache gegen rassistische Polizeigewalt abgehalten wurde, durchzuführen, um auf die bundesweiten Razzien aufmerksam zu machen und gleichzeitig gegen die Verhinderung der Nachmittagsdemo zu protestieren. Kurz hinter der Flora wurde auch diese Demo von einem massiven Bullenaufgebot gestoppt. Durch das gesamte Schanzenviertel rückten Bulleneinheiten gegen die Flora vor. Nach kurzen Auseinandersetzungen versuchten die meisten Leute sich in den Park und in die Flora zurückzuziehen. Offensichtlich hatten die Bullen die Anweisung, mit allen Mitteln so viele Festnahmen wie möglich durchzuführen. Es kam zu über 30 Festnahmen und mindestens vier Verletzten.

Die Situation in Hamburg:

Unserer Einschätzung nach hat dieser Bulleneinsatz nicht nur etwas mit den bundesweiten Razzien zu tun, sondern auch mit der Situation in Hamburg. Nach dem sogenannten Hamburger Polizeiskandal, verbunden mit dem Rücktritt des Innensenators wegen rassistischer "Übergriffe" und der zeitweiligen Suspendierung des gesamten Einsatzzuges Mitte im September 1994, gab es anscheinend zwischen der Polizeiführung und der politischen Führung die Verabredung einer sogenannten "Deeskalationslinie". Dabei gehen wir von unterschiedlichen Interessen bei Polizeiführung einerseits und den politischen Verantwortlichen andererseits aus. Während es der politischen Führung erstmal darum ging, die Wogen zu glätten und das Bild des Prügelpolizisten aus den Medien zu bekommen - unterstützt durch eine Mitleidskampagne für unsere "armen und geplagten Freunde und Helfer" - beabsichtigte die Polizeiführung eigentlich nur, den Senat auflaufen zu lassen und zu demonstrieren, daß die "ChaotInnen" allen auf der Nase rumtanzen, wenn die Bullen nicht ordentlich reinschlagen. So führte der neue Innensenator z.B. am 01.12.94 bei Auseinandersetzungen um den Bauwagenplatz Bambule Verhandlungen mit Vermummten um den Rückzug der Bulleneinheiten, nachdem diese zuvor drei Stunden lang, scheinbar unmotiviert, die brennenden Barrikaden betrachtet hatten. Es kam an diesem Abend zu 22 verletzten Beamten und - Skandal - keiner einzigen Festnahme. Auch am 01.05.95 wollten die Bullen dem alljährlichen Besetzen auf dem Lauegelände, verbunden mit Barrikadenbauen und anderem Spaß auf der Straße, nichts entgegensetzen. Erst zu später Stunde und als fast alle schlafen gegangen waren, kamen die Bullen ins Viertel. Die Strategie änderte sich allerdings Anfang Juni, als das Gerücht einer Hausbesetzung durchsickerte und ständig ein Zug Bereitschaftsbullen im gesamten Schanzenviertel sich aufhielt. Die Hausbesetzung wurde im Vorwege verhindert, eine Demo mit 60 Leuten eingekesselt und das Vermummungsverbot durchgesetzt. Ab diesem Zeitpunkt (09.06.95) blieb es bei dieser Bullenpräsenz. Die Strategie der Bullenführung hatte Erfolg gehabt. Die Schlägertrupps bekamen wieder freie Hand. Am Abend des 16.06.95 stürmten die rehabilitierten Bullen vom Einsatzzug Mitte in den Florapark und knüppelten alle in Reichweite zusammen. Das Einsammeln der Verhafteten und Verletzten überließen sie dann den KollegInnen der anderen Einheiten. In den Wannen fielen dann Äußerungen wie: Das war viel zu kurz, wir konnten gar nicht richtig Rache nehmen für die Schlappen bei Bambule und Kampstraße etc.. Stolz wurden Blutflecke an den Uniformen vorgezeigt und mit Eisenplättchen präparierte Schlagstöcke rumgereicht. Unter dem Eindruck der Prügelszenen am Abend, die zu mindestens einem Schwerverletzten führten, erstatteten zwei Bürgerschaftsabgeordnete der GAL Strafanzeige gegen die Bullen. Auch einer der schwer Verletzten erstattete später Anzeige. Seitdem läuft das juristische Nachspiel. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt noch mal mehr sagen zu Sinn und Unsinn von Anzeigen unsererseits gegen die Bullen. Zur Zeit laufen zwei Verfahren gegen Menschen von uns wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand (ein Strafbefehl ist bezahlt worden und es gab einen Freispruch). Außerdem laufen noch vier Verfahren gegen Bullen wegen Körperverletzung.

Die D.I.E.

Durch die Anzeigen gegen die Bullen ist die Dienststelle Interne Ermittlungen (D.I.E.) aktiv geworden. Eingerichtet wurde die D.I.E. 1994 während des Polizeiskandals als Aushängeschild für die neue saubere Polizeistruktur. Zusammen mit der Einsetzung des P.U.A.-Polizei war dies die einzige politische Reaktion auf die breiten Vorwürfe gegen die Bullen. Allerdings hat sich inzwischen die Vermutung bestätigt, daß dies nur eine schillernde aber bedeutungslose Seifenblase sein kann.

In Bezug auf die Verfahren gegen zwei Menschen von uns belegt eine Aktennotiz, daß das LKA die Verfahren auf kleiner Flamme laufen lassen wollte. Allerdings legte die D.I.E. "Beweismaterial" vor, was dazu führte, daß die Verfahren gegen uns jetzt hochgekocht werden. Hierdurch wird deutlich, daß die D.I.E. gegen uns ermittelt hat, um eine Verurteilung der Bullen wegen Körperverletzung zu verhindern, und das ist ja wohl auch ihr eigentliches Selbstverständnis.

Fazit:

Wir gehen davon aus, daß in den Prozessen gegen uns festgeschrieben werden soll, daß es sich um eine gewalttätige Demo gehandelt hat und die Bullen nur angemessen darauf reagiert haben. So wurde ein Verfahren schon mal in Abwesenheit des Beschuldigten durchgezogen, der ergangene Strafbefehl bestätigt. Zwar konnten wir in zweiter Instanz erreichen, daß das Verfahren wiederholt werden muß, Kommentar des Richters war allerdings: Was soll der Zauber? Seid doch froh, wenns beim Strafbefehl bleibt, das wird doch alles nur noch schlimmer.

Auch in dem anderen Verfahren zeigt sich immer deutlicher, daß die absurdesten Konstruktionen des ganzen Demo- und Festnahmeablaufs herbeiphantasiert werden, um eine Verurteilung von uns durchzusetzen und die Prügeleien der Bullen als gerechtfertigt festzuschreiben.

Prozeßgruppe 16.06.

Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Der folgende Text ist ein Vorabdruck aus dem Buch »Ein ganz normales Verfahren ... «, das im Dezember in der Edition ID-Archiv erscheint.

Die Diskussion weiterführen!

Nachwort des Berliner Prozeßbüros

Das Prozeßbüro Berlin gründete sich im November 1994, um Birgit Hogefeld in ihrem Prozeß solidarisch zu begleiten. Darüberhinaus sollten ihre Diskussionsangebote als Beitrag zur Reflexion der Geschichte der Linken in der BRD aufgegriffen werden. Während der zwei Jahre des Prozesses äußerte sich die Gruppe in mehreren Texten zu den Erklärungen von Birgit. Auszüge von einer Veranstaltung am 14.11.95 in der Berliner Volksbühne sind im Prozeß-Info Nr.9 veröffentlicht.

Birgits Prozeßführung

Im Unterschied zu früheren RAF-Prozessen führte Birgit Hogefeld nicht nur eine politische, sondern auch eine juristische Auseinandersetzung vor Gericht. Ungewohnt war die bereits zu Beginn von ihr geäußerte Kritik an ihrer eigenen Geschichte, waren eine nicht nur für Insider verständliche Sprache und die dadurch vermittelte Nachvollziehbarkeit ihrer Gedanken.

Sie hat sich von der feindseligen Inszenierung von Bundesanwaltschaft (BAW) und Senat nicht einschüchtern lassen, sich gegen die kleinen und großen Schikanen immer wieder zur Wehr gesetzt. In all ihren Erklärungen hat sie ihren persönlichen Stil, mit dem sie sich auch angreifbar macht, beibehalten. – Endlich sollte eine Diskussion in Gang kommen, auf die viele seit der Augusterklärung der RAF 1992 gewartet hatten.

Nach dem GSG 9-Einsatz in Bad Kleinen waren die Reaktionen in der Linken verhalten. Dennoch bestand aufgrund der großen Öffentlichkeit anfangs die Hoffnung, daß diese Ereignisse vor Gericht aufgeklärt werden würden. Schnell war aber klar, daß das an diesem Ort nicht passieren würde. Es gab den »Abschlußbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27. Juni 1993«, der festlegte: »Den tödlichen Kopfdurchschuß hat Wolfgang Grams sich selbst in Suizidabsicht beigebracht.« – Das Gericht unterband jeden Versuch, dies zu widerlegen.

Die detaillierte Arbeit der Verteidigung, welche mit über fünfzig Beweisanträgen – ganze zwei davon wurden zugelassen – das vorgefaßte Urteil unterlaufen wollte, brachte keinen juristischen Erfolg. Auch die Linke erwies sich als viel zu schwach, dem erkennbaren Verurteilungswillen wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Fraglos ist dies Ausdruck ihrer desolaten Situation. Eine Unterschriftensammlung gegen das zu erwartende Lebenslänglich-Urteil, ein Buch mit Beiträgen von Birgit Hogefeld, Pfarrer Hubertus Janssen, Carl-Christian von Braunmühl und anderen, vor allem aber Veranstaltungen zu Bad Kleinen und zum Prozeß, Presseerklärungen und ein regelmäßig erscheinendes Prozeßinfo waren Versuche, öffentliches Interesse zu wekken. Gleichwohl hat das Vorgehen der Verteidigung gezeigt, auf welch wackligen Füßen die Anklage stand. Obwohl das alles keinen Einfluß auf das Urteil hatte, ist es wichtig, gegen die Fiktion vom Rechtsstaat den politischen Charakter eines solchen Prozesses immer wieder öffentlich nachzuweisen. (Maske ab!)

Birgit Hogefeld hat die Erklärung der RAF 1992 miterarbeitet und mitgetragen. An den darin enthaltenen Reflexionen und angesprochenen Kritikpunkten hat sie im Knast weitergearbeitet. Ihr erklärtes Ziel war es, ihren Prozeß als Forum für die politische Diskussion zu nutzen.



Die anderen Gefangenen

Im November 1993 eskalierten Differenzen zwischen RAF und Gefangenen und unter den Gefangenen selbst, die bis dahin an den RAF-Erklärungen von April und August 1992 festgemacht worden waren, zum Bruch. Anlaß für den Bruch war ein Versuch der Celler Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Knut Folkerts, die Unterstützung von Edzard Reuter und Ignaz Bubis für eine Freilassungsinitiative zu erhalten – »Druck machen in den Reihen der Gegenseite«, so die RAF. Birgit, den Cellern und der RAF wurde von den anderen Gefangenen vorgeworfen, hinter deren Rücken einen »Deal mit dem Staat« angestrebt zu haben.

In der nachfolgenden Schlammschlacht versuchte Birgit, sachlich zu bleiben. Sie war in dieser Phase die einzige, die immer wieder die Auseinandersetzung mit den anderen Gefangenen gesucht hat. Diese lehnten jedoch jede Diskussion mit Birgit ab. Sie mußte im wesentlichen allein fertig werden mit der für sie neuen Knast- und Isolationssituation, mit Bad Kleinen und dem Tod ihres Genossen und Lebensgefährten.

Reaktionen

Birgits erste Prozeßerklärung und ihre Erklärung zur Geschichte der RAF stießen in der Linken auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Von einem Teil wurden sie als politisch und theoretisch verwässert mißbilligt, oder sogar als Zeichen von Reformismus und »Abwicklung der Geschichte« abgelehnt. Andere dagegen empfanden sie als den möglichen Beginn einer notwendigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken in der BRD. Eigentlich hätte eine solche Konstellation zu heftigsten Auseinandersetzungen führen müssen. Dennoch sind uns verhältnismäßig wenig öffentliche Äußerungen bekannt geworden. Das kann mehrere Ursachen haben. Zum einen wirkte hier wahrscheinlich der Bruch unter den Gefangenen abschreckend. Zum anderen – das vielbeklagte Dilemma – gab und gibt es nur noch wenige funktionierende linke Gruppen, die sich hätten artikulieren können. Das zeigte sich auch an einer ungenügenden Unterstützungsarbeit zum Prozeß – wir nehmen unsere eigene Tätigkeit da nicht aus. Außerdem wollte wohl der Teil, der sich gegen Birgits Art der Geschichtsaufarbeitung entschied, sich während des Prozesses nicht offen entsolidarisieren. Vor allem aber enthielten diese beiden Erklärungen eine grundsätzliche Infragestellung der gewohnten Muster linker Politik. Sehr schnell war klar, daß eine Beschäftigung mit der kritischen Reflexion der Geschichte für Linke nur dann sinnvoll ist, wenn sie sich mit einer Kritik der eigenen Geschichte – der persönlichen, der der legalen Linken – verbindet, was bekanntlich nicht einfach ist.

Dennoch ist die Auseinandersetzung mit den Fragen, die auch Birgit stellt, absolut notwendig für eine Reorganisierung der Linken. Nur zwei Beispiele: Sie kritisiert sehr ausführlich das Avantgarde-Konzept.



Diese Form von ganz und gar öffentlicher Selbstkritik war früher überhaupt nicht üblich. Eine Avantgarde wie die RAF begründet sich nicht nur inhaltlich, über ihre politischen Positionen, sondern auch organisatorisch, über die Illegalität und den bewaffneten Kampf. Da diese Avantgarde einen Einsatz einbringt (das eigene Leben, das Risiko lebenslanger Haft), den andere

Gruppen nicht bringen, und da sie auf einer Eskalationsstufe operiert, die andere nicht erreichen (können/wollen), stellt sich eine Hierarchie in der Bestimmung und Durchsetzung von Zielen und Formen des Kampfes her. Kritik ist nur noch in einer Richtung möglich. Wer die Avantgarde kritisiert, ist counter.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Verbindung von Politik und Moral, die Birgit wieder zum Thema macht. (Moral dabei nicht verstanden als Gut-oder-Böse, sondern als gerecht-oder-ungerecht.) Oft wird unter »Politik« nur Handeln zum Erreichen von Zielen verstanden und dabei vergessen, daß emanzipatorische Politik einen tieferliegenden Ursprung hat, die Herstellung von Gerechtigkeit. Zur Erreichung dieses Zieles kann jedoch nicht jedes Mittel recht sein, und dies ist auch eine Lehre aus der Geschichte der RAF. Mit der völligen Abkehr von Gesellschaft und übriger Linker verlor sie jede moralische Instanz, vor der sie sich hätte rechtfertigen müssen, und machte zur Grundlage ihrer Politik die Instanz »Völker im Trikont«. Birgit entwikkelt dagegen die Vorstellung einer Art »kommunikativer Moral«, einer gemeinsamen Auseinandersetzung von möglichst vielen über die Bestimmung von Zielen und Mitteln. (Obwohl sie damit sehr wichtige Probleme berührt, bleiben natürlich Fragen nach den Kriterien einer solchen Diskussion offen ...)



Braunmühl – Richter – Negt

Im Gegensatz zu Birgits Erklärungen im Prozeßverlauf, die sich primär an die Linke richteten, ist ihre Schlußerklärung vor allem auf staatstragende Intellektuelle zugeschnitten. Der Stellenwert, den in dieser Erklärung Leute wie Carl-Christian von Braunmühl, Horst-Eberhard Richter und Oskar Negt einnehmen, ist sicher nicht nur für uns schwer nachvollziehbar. Zum Beispiel Richter: Er benutzt seine Kritik an der RAF-Geschichte ausschließlich, um sich als jemand darzustellen, der schon immer recht hatte mit seiner Beschreibung der RAF als einer Gruppe, deren wesentliche Orientierung aus »paranoiden« Bildern und Positionen bestand – die RAF auf der Psychocouch. Und Negt war es, der 1972 seine Meinung zur RAF-Politik – »Es gibt kein objektives Unterscheidungskriterium zwischen rechts und links.« und »Die falsche Solidarität ist eine Blockade auf dem Weg zum Sozialismus.« – in einen Entsolidarisierungsaufruf münden ließ. Was ganz klar hieß: RAF-Mitglieder sollten dem Staat ausgeliefert werden. Negt hat das auch später nie in Frage gestellt. Und über wen schreibt er eigentlich, wenn er feststellt, es habe nicht verschiedene Formen des Widerstandes gegeben - bewaffnete und unbewaffnete -, sondern nur ein spannendes Schauspiel auf der einen Seite und passive ZuschauerInnen auf der anderen: »Keine Identifikation, sondern Sympathie in der Weise, daß andere ausagieren, was diese [die ZuschauerInnen] selbst sich nur in ihren Träumen zutrauen.«

In Birgits Erklärung vom Juli 1995 zu ihrer Geschichte hatte sie noch festgestellt, daß es immer Menschen gab, die eine Verbindung zwischen dem Kampf der RAF und den eigenen Kämpfen sahen. Wo »Sympathie« mit der RAF aus einer eigenen Geschichte mit Hoffnungen, Kämpfen und Niederlagen entwickelt wurde. Auch der Einsatz war nicht der von ZuschauerInnen. Viele, die politisch der RAF nahestanden oder Hungerstreiks unterstützt haben, wurden in den 70ern und 80ern verfolgt und eingeknastet. Und selbstverständlich kann man sich auf die Unversöhnlichkeit der RAF dem Staat gegenüber positiv und aktiv beziehen, ohne selbst bewaffnet zu kämpfen.

Ohnmachtserfahrung und Militanz

Birgit fragt, »Was also treibt immer wieder Menschen oder kleine Gruppen zu diesen (militanten) Aktionsformen?« Sie erklärt das mit dem Begriff der Ohnmachtserfahrung, eine Erfahrung – die wir alle kennen – mit der Arroganz der Macht und dem Zerschlagungswillen des BRD-Staates gegen jede Opposition.

Das Ohnmachtsgefühl taucht in der Schlußerklärung als einzige Begründung für bewaffneten Kampf auf. Ohnmacht wird aber nur dann verständlich, wenn die Hoffnungen und Utopien erklärt werden, aus welchen die einzelnen sich für Gesellschaftsveränderungen engagiert haben. Die Enttäuschung und Ohnmacht, die den Niederlagen folgte, ist somit nicht nur Ergebnis von Repression und Integration, sondern auch von überzogenen Vorstellungen über das Erreichbare.



Wichtig bleibt, daß die Aufbruchserfahrungen, gerade weil sie in den letzten Jahren immer seltener geworden sind, weitervermittelt werden. Birgit überprüft Diskussionen, die zu Beginn der 70er Jahre geführt wurden, als bewaffnete Gruppen entstanden, die die Hoffnung hatten, etwas Neues erreichen zu können. Das ist auch nötig, denn zwischen dem damaligen Aufbruch und der Gewißheit, die Verhältnisse umzuschmeißen, und heute liegen tiefe und auch desillusionierende Erfahrungen über revolutionäre Gewalt als »Hüterin des Neuen und der Menschlichkeit«. Dieses Denken war geprägt vom Entdecken des Guerillakampfes in anderen Ländern und seinen Erfolgen. Es ging um die Durchsetzung neuer systemsprengender Ideen gegen die bürgerliche Ideologie. Aber in Birgits Einschätzung bleibt nur noch eine weitentfernte, »bizarre Welt« aus einer anderen Epoche übrig.



Aber zurück zu dem, was Birgit beschreibt als Ohnmacht – Kurzschlußhandlung – Militanz. Natürlich ist die Frage, wie aus der Ohnmacht herauskommen und sich Gehör verschaffen. Und natürlich hat Birgit damit recht, daß sich zuwenige einmischen. Allerdings stellt sie diese Frage der gesellschaftlichen Breite in einen direkten Zusammenhang mit der der Militanz: »Wenn es Erfahrungen gibt, die aus den Kämpfen bewaffneter oder militanter Gruppen hier gezogen werden können, dann gehört dazu unbedingt die, daß aus solchen Kämpfen keine Massenmobilisierung und in der Regel sogar überhaupt keine Mobilisierung entsteht.« Die Frage kann doch nicht sein, Militanz ja oder nein, sondern wann und wo. Außerdem vermischt sie bewaffnete und militante Gruppen, wirft bewaffnete und militante Aktionen gegen Personen, Sabotageaktionen und Anschläge, alles in einen Topf. Das geht nicht. Es scheint für Birgit da nichts mehr zu geben, auf was sie sich positv beziehen kann. Auch die RAF-Aktion auf den Knastneubau Weiterstadt wird von ihr nicht mehr erwähnt.

Gewalt wird nicht mehr im Zusammenhang gesehen, sondern nur noch Einschußloch/ Ausschußloch – alles nur noch »grauenhaft«. Über die grundsätzlich falsche politische Bestimmung der Air-Base-Aktion, in der die BRD einem Kriegsgebiet gleichgesetzt wurde, redet Birgit nicht mehr. Auf dem Hintergrund der Geschichte der letzten 26 Jahre kann heute festgestellt werden, daß es kurzsichtig ist, zu denken, durch die Liquidierung von einzelnen, Verantwortung tragenden Personen das System verändern oder breitere Mobilisierungen erreichen zu können. Genausowenig haben sich aber auch Vorstellungen umsetzen lassen, wo das System durch massenhaften Protest – z.B. gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen – zur Besinnung gebracht werden sollte. Standen

jedoch militante und Sabotageaktionen im Zusammenhang mit politischen Kampagnen, haben sie oft Bewegungen vorangebracht.
Noch im Juli 1995 schrieb sie in einem Text: »Auch wenn ich heute denke, daß wir Fehler gemacht haben – unser Aufbruch und Kampf für eine andere Welt war zu jeder Zeit begründet und gerechtfertigt, und ein solcher Kampf muß konfrontativ geführt werden.« Von dieser Einstellung ist im Schlußwort nichts mehr zu lesen.
Woran aber könnten wir anknüpfen, ohne die Erfahrungen der internationalen Befreiungskämpfe, ohne die vielfältigen militanten Kämpfe in der BRD vom Ende der 60er bis in die heutige Zeit. Da bleibt, trotz schwerwiegender Fehler und Halbheiten, der positive Bezugspunkt, die Hoffnung auf ein besseres, anderes Leben – was sonst.



Linke ade?

Birgits Erklärungen durchzieht zunehmend eine Distanz zu ihrer eigenen Geschichte in der RAF, die wir uns nicht erklären können. Es scheint, als rede sie über andere, sie steht zum Teil verständnislos davor, war aber doch mittendrin. Nichts taucht auf, was sie selbst darin bewegt hat, welche Hoffnungen, Anstrengungen, Enttäuschungen oder Freude sie damit verband. Im Gegensatz dazu stehen die vielen kurzen Erklärungen und Briefe über ihre jetzige Situation und die Zeit vor der RAF, die gerade von ihrer Subjektivität leben.
Zu dieser Distanz paßt die Abgrenzung gegen ihren alten Bezugsrahmen, die radikale Linke. Auch hier gibt es eine Entwicklung von ihren ersten Stellungnahmen hin zum Schlußwort. Anfangs sprach sie von Fehlern, die reflektiert werden müssen, um Neues besser anzugehen. Heute dagegen scheint es, als sei in ihren Augen die ganze Entwicklung ein einziger Fehler gewesen. Heute sagt Birgit, der Staat müsse sich eine Linke zusammenreimen, um seinen Apparat zu legitimieren – alles nur Show und Schattenspiel? Und so endet das Schlußwort mit einem Appell an die Vernunft des Staates.
Soziale Gegenmacht von unten, letztlich die einzige Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung, kommt bei ihr nicht mehr vor. Antifa-Widerstand, der Widerstand in Gorleben, tauchen nur als Adressen von Repression auf.

Natürlich sind wir insgesamt schwach, viel in der Linken ist individualisiert und isoliert. Aber viele versuchen sich zu orientieren, nehmen nicht hin, was ist, versuchen aus der Geschichte zu lernen, versuchen eine Hoffnung zu bewahren, auch wenn diese Hoffnung z.B. Chiapas heißt und weit weg ist. Aber Chiapas als ein Versuch, neue Wege zu suchen und zu beschreiten. Ein Versuch, der Mut macht, auch hier alte Denkmuster und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen.
Es ist nachvollziehbar, daß Birgit enttäuscht ist. Die von ihr gewünschte breite Auseinandersetzung hat trotz der 92er Erklärung der RAF und ihrer im Prozeß vertretenen Positionen nicht stattgefunden. Trotzdem bleiben diese Schlußfolgerungen unverständlich.
»Wir wurden ihnen immer ähnlicher.« Wer? Die RAF? Wem? Dem Staat? Eine ziemlich absurde Vorstellung, die auch die realen Dimensionen völlig außer acht läßt. Sie spricht von »Irrweg« und »katastrophalem Fehler«. Ein Irrweg ist immer etwas grundsätzlich Falsches. Es geht nicht mehr darum, genau zu sehen, was waren die Fehler, was unklar, dabei aber festzuhalten, was gut und richtig war. Birgits Kritik wirkt teilweise wühlend in sich selbst, sie schneidet sich von der eigenen Geschichte ab und Zusammenhänge beschreibt sie kaum noch.

Illegale Opfer?

Birgits Ausführungen münden darin, daß der Staat immer mit dem Konzept gearbeitet hat, Leute in die Illegalität zu treiben, damit sie bewaffnete Gruppen bilden, womit dann wiederum seine Apparate legitimiert wurden. Es war ja eigentlich nur ein »Schwachsinnsprojekt«, ein geklautes Auto, weshalb sie in die Illegalität gehen mußte. Und auch heute treibt der Staat ihrer Meinung nach Menschen zu diesem Zweck in die Illegalität. Sie sieht in der Konsequenz wieder nur den übermächtigen Staat, der alle dahin bringt, wo er sie hinhaben will.
Natürlich ist die Entscheidung »Illegalität« nie losgelöst von den herrschenden Bedingungen. Das wäre abgehoben und unpolitisch. Für die Berliner Antifas, K.O.M.I.T.T.E.E.- und Radikalleute war es bestimmt sehr schwer, mit ihrer neuen Situation – Illegalität – klarzukommen. Gerade in den letzten Jahren gab es daraus die Erkenntnis, daß es wichtig ist, sich mit den Anforderungen und Möglichkeiten in der Illegalität auseinanderzusetzen. Cengiz von der Berliner Antifa-Gruppe, der lange gesucht wurde, ist jetzt in Kurdistan gefallen. So gibt es Menschen aus West-Europa, die in den verschiedensten Befreiungsbewegungen weltweit kämpfen. Aber Birgit macht sich selbst, und alle anderen, an diesem entscheidenden Punkt zu Opfern. Das ist Unsinn! Unter welchen Umständen auch immer, die Entscheidung für die Illegalität und den bewaffneten Kampf wird selbst getroffen. Und egal, ob wir sie jeweils persönlich richtig oder falsch finden, diesen GenossInnen kann nicht einfach die Selbstbestimmung abgesprochen werden.
Birgit meint, ohne bewaffnete/illegale Gruppen hätte der Staatsschutz keine Legitimation mehr, seine Repressionsapparate aufrechtzuerhalten. Wir sehen das nicht so: MAD und BND, die ausschließlich mit der Bekämpfung des Realsozialismus legitimiert wurden, hatten lediglich Problemchen, sich auch nach dessen Ende in voller Größenordnung am Leben zu erhalten. Und auch für die GSG 9 wurden von seiten des Staates immer wieder neue Betätigungsfelder gesucht und gefunden. Birgit bewertet auch die vielen Anhalte- und Zensurbeschlüsse des Gerichtes in diese Richtung: Schwarz-Weiß-Denken aufrechterhalten. Und nicht, daß das Gericht weiß, was Birgit wichtig ist und was sie zum Leben braucht, und das wollen sie ihr natürlich wegnehmen bzw. nicht geben. Isolationshaft hat auch heute noch hauptsächlich die Funktion, die politische Identität der Gefangenen zu brechen.



Aufruf an die RAF

Auch der Aufruf an ihre GenossInnen (von denen sie durch Bad Kleinen jäh getrennt wurde), die RAF aufzulösen, wirkt unvermittelt und sehr distanziert. Im November 1993 schrieb die RAF: »Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das Neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß.« Dazu erklärt sie nichts.
Sie schließt sich mit ihrem Aufruf kurzerhand dem 1984 verhafteten RAF-Gefangenen Helmut Pohl an, der zu der jetzigen Gruppe sicher in einer ganz anderen Beziehung steht als sie. Für die damit verbundenen Hoffnungen, was sich nach einer Auflösungserklärung alles von selbst entwickeln soll, gibt es heute nicht die geringsten Anhaltspunkte. Notwendig finden auch wir, daß die Illegalen zu den Unsicherheiten, die in den letzten zwei Jahren in bezug auf sie aufgebaut wurden, selbst etwas sagen.



Schluß

Mit dem Lebenslänglich-Urteil soll Birgit für nicht absehbare Zeit im Knast bleiben. Wir wollen die Auseinandersetzung mit ihr fortführen. Birgit signalisierte die Bereitschaft, auch mit den anderen RAF-Gefangenen, über den Bruch hinaus, eine ernsthafte Auseinandersetzung über ihre Geschichte zu führen. 1997, in dem Jahr, wo sich die Ereignisse des »Deutschen Herbstes« zum zwanzigsten Mal jähren, werden unter anderem auch staatliche und staatstragende Stellen ihre »offizielle« Geschichtsschreibung in die Öffentlichkeit bringen.

Wir hoffen, daß mit einer Wiederbelebung der Diskussion über die Geschichte der RAF auch die Gefangenen wieder in den Mittelpunkt rücken. Birgit geht mit ihrer Entscheidung, ihre Geschichte kritisch zu beleuchten und sich der Auseinandersetzung darüber öffentlich zu stellen, den Weg, den wir für richtig und der derzeitigen Situation angemessen halten. Diese Diskussion kann aber nur dann gesellschaftliche Relevanz entfalten, wenn alle an dieser Geschichte Beteiligten ihre Erfahrungen miteinbringen, und zwar auf eine offene, selbstkritische Art und Weise. Gemeint sind damit sowohl die früher und/oder heute Aktiven als auch ihre KritikerInnen. Eine glaubwürdige und nachvollziehbare Haltung der Linken zu sich selbst und ihrer Geschichte kann dazu beitragen, wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor in der politischen Auseinandersetzung zu werden.

Zum Prozeß erschien in unregelmäßiger Folge das »Info zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld«. Adresse: Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.

Es reicht

Zur Stasi-Zusammenarbeit von Werner Hoppe und seinen Aussagen im Prozeß gegen Monika Haas

Wir kennen Werner Hoppe aus 10 Jahren Hafenstraße, zum Teil aus noch älteren antiimperialistischen Erfahrungen. Wir haben mit ihm x Stories erlebt, in denen er sich einfach Scheiße verhalten hat.

Sein Aussageverhalten im Prozeß gegen Monika Haas vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt hat für uns den Ausschlag gegeben, einige klare Worte zu seiner Person zu sagen.

Entgegen der Presseberichterstattung hat Werner Monika Haas nicht entlastet wie es notwendig und ihm möglich war aufgrund seiner Stellung als Hauptbelastungsquelle der Anklage in diesem Verfahren.

Im Vorfeld seiner Vernehmung war klar, daß Werners Aussage wesentlich die Anklage erschüttern und Monika Haas entlasten kann. Denn alle wesentlichen Belastungsinformationen gehen zurück auf Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), als deren Quelle Werner unter dem Decknamen Bade angegeben wird.

Laut Werner soll Monika Haas Sprengstoff und Waffen transportiert haben für das palästinensische Kommando, das 1977 das Flugzeug "Landshut" kaperte. Laut Akten des MfS soll sie das Werner erzählt haben, der es dem MfS mitgeteilt haben soll.

Monika Haas hat die Vorwürfe immer zurückgewiesen.

Gegenüber der Bundesanwaltschaft (BAW) hat Werner seine Tätigkeit für das MfS und seinen Decknamen bestätigt. Sein damaliger Berichtoffizier hat die Echtheit der Akten bestätigt, die Werner vor Gericht anzweifelte. Wesentlich festzuhalten bleibt jedoch:

Es lag in Werners Möglichkeit, die Aussagen darin als falsch zurückzuweisen und Monika Haas Aussage zu bestätigen.

Entweder die Akten des MfS lügen oder er hat damals rumgesponnen und sich wichtig gemacht. Eins von beidem mußte von ihm gesagt werden. Das war die Forderung an Werner.

Mehrere Treffen bei uns diesbezüglich ignorierte er. Ihm ist trotzdem auch von anderen Genossen eindeutig gesagt worden, daß von ihm eine unmißverständliche Aussage erwartet wird. Auch sein anwaltlicher Beistand ging davon aus.

Vordergründig könnte mensch meinen, dem ist Werner doch nachgekommen. Leider hat aber eine Aussage vor Gericht ihre Besonderheiten: Wenn Werner sich nicht erinnern oder ein solches Gespräch nicht vorstellen kann, heißt das nicht, daß es nicht passiert ist. In dem Moment, wo ein/e andere/r das behauptet, geht das Gericht davon aus, daß es stattgefunden hat, Werner kann sich ja nicht erinnern.

Die Akten behaupten eben dieses Gespräch, deshalb war von Werner eine inhaltliche Zurückweisung gefordert. Sein Beitrag, daß Monika Haas nicht für Jahre in den Knast kommt. Auch die Aussage der Kronzeugin, Souhala Andrawes, wäre damit schwer in Frage gestellt worden. Sie hat nämlich darin Informationen der MfS-Akten "bestätigt".

Es sei dahin gestellt, ob die BAW und das OLG das gejuckt hätte. So bleibt es ihnen offen, mit undurchsichtigen Akten und Aussagen - auch Werners - herumzujonglieren und zu manipulieren.

Werner war der Unterschied bewußt. Diejenigen, die im Saal seine Aussage beobachteten, waren entsetzt, wie sehr sich Werner weigerte mit der Verteidigung von Monika Haas und ihr selbst zusammenzuarbeiten. Auf deren Beharren, eine handfeste, unzweideutige Aussage zu bekommen, reagierte er pampig, wollte dann sogar Aussagen verweigern und wirkte wie ein Zeuge der Anklage, die ihm mit Einsprüchen teilweise dann auch zur Hilfe kam.

Es ging und geht in diesem Prozeß darum, daß Monika Haas freikommt und die Anklage fällt. Das war Werner bekannt und er hat seinem Anwalt vorgemacht, daß das auch sein Anliegen ist. Dementsprechend verhalten hat er sich nicht. Sein Verweisen auf seine Erinnerungslücken als Folge der Isolationshaft macht das nicht besser und befreit ihn nicht von seiner Verantwortung.

Wir wußten schon seit einigen Jahren, daß Werner früher mit dem MfS Kontakt hatte. Das hatte uns bei seiner unbedingten Loyalität mit der ehemaligen DDR auch nicht besonders verwundert. Es paßte. Unter uns waren die Ansichten diesbezüglich umstritten, vor allem, weil der Charakter des Verhältnisses für uns unklar war und näheres Nachfragen unsererseits von Werner nicht beantwortet wurde. Auch Nachfragen zu seiner Rolle im Verfahren gegen Monika Haas beantwortete er nicht; als Monika Haas noch frei war, lehnte er eine Begegnung mit ihr ab.

Inzwischen ist klar, daß er von ca. 1980 - Ende der 80er Jahre Spitzeldienste gegen Entgelt (da. 50.000;- DM) über die westdeutsche Linke und uns für das MfS geleistet hat, deren Inhalte über allgemeine politische Diskussionen weit hinausgingen und Dinge betraf, die gewöhnlich nur die betroffenen Leute etwas angehen. Er hat konkret Namen und Details über Menschen geliefert, die mit ihm zusammengearbeitet und/oder -gelebt haben plus was er sonst mitkriegt. Darauf war er angesetzt.

Gegen uns war sein Auftrag, alles im Zusammehang "RAF in der Hafenstraße" mitzuteilen sowie Angelegenheiten, die er selber wichtig fand. Anfang der 80er Jahre hat er Berichte über die Arbeit der Anti-NATO-Gruppe gemacht und Informationen über andere antiimperialistische Kreise gegeben. Er hat Leute damit ausgeliefert.

Solche Informationen sind auch für das MfS eine Ware gewesen. Heute stehen seine Aussagen und Berichte den Bundesdeutschen Geheimdiensten und Verfolgungsbehörden zur Verfügung. Die Anklage gegen Monika Haas war die erste, die auf sein Geschwätz zurückgeführt wird.
Werner Hoppes Verhältnis zu seiner Spitzeltätigkeit (Genossendienst hin und her) ist grundsätzlich inakzeptabel. *Er ist nicht bereit, uns und anderen mitzuteilen, was er alles erzählt hat.* Auf konkrete Nachfrage von Genossinnen verweigert er die Antwort außer Sprüchen. Einer sagte er: "Geh davon aus, daß "sie" alles von dir wissen (bzw. das, was er von ihr zu wissen meinte oder sich zusammenreimte)" und einer anderen: "Da ist nichts strafrechtlich relevantes dabei." Dummerweise entscheidet nicht er das (wie Monika Haas Prozeß zeigt) und sein angeblich mangelndes Erinnerungsvermögen macht die Manipulationsmöglichkeiten für den Staatsschutz nur noch größer. Sein fehlendes Interesse an Aufklärung gegenüber denjenigen, die er bespitzelt hat und sein Schweigen über seine Vernehmungen bei der BAW macht uns da nur mißtrauisch.
Bei uns ist Werner schon lange allen Diskussionen aus dem Weg gegangen und hat sich Kritik entzogen oder sie ignoriert. Viele von uns sind deshalb fertig mit ihm. Ein Vertrauensverhältnis gab es schon lange nicht mehr. Dafür war sein Leben hier die ganzen letzten Jahre zu sehr davon geprägt, immer nur seinen eigenen Vorteil im Auge zu haben und dafür auch Menschen hängen zu lassen. Meistens suchte er sich nach Kritik, Anmachen oder Konsequenzen neue, junge und immer jüngere und unerfahrene Leute, die er mit seinen Geschichten blenden wollte/konnte.
Die Versammlungen bei uns zum Prozeß gegen Monika Haas waren der letzte Versuch, mit ihm eine Gesprächsbasis und eine solidarische Lösung für Monika Haas zu finden. Das war mit ihm nicht möglich.
Für uns ist damit klar, daß andere wissen müssen, mit wem sie es zu tun haben. *Ohne Werners Geheimdiensttätigkeit hätte es diesen Prozeß so nicht gegeben. Werner Hoppes große Reden, seine Schutzbehauptungen und sein verantwortungsloses Handeln reichen uns einfach.* Hier ist sein Verweilen schon lange Bequemlichkeit, angesagt hat er seinen Auszug schon mehrmals. Es liegt zur Zeit bei jedem Menschen selbst, wie er sich zu jemand stellt, dessen Lebenswandel Aufrichtigkeit und Vertrauen ausschließt. Wir finden es unerträglich.

ya basta
Einwohner und Einwohnerinnen
der St. Pauli-Hafenstraße

L'europe des luttes

Räumungen von besetzten Häusern und Sozialen Zentren auf europäische Art ...

Überall in Europa nimmt die Räumung von besetzten Häusern und Sozialen Zentren in den Städten erschreckende Dimensionen an. In den letzten zwei Monaten wurden u.a. geräumt: Die Häuser in der Kreutziger Straße (Nr. 21 komplett, 12 und 13 teilweise) in Berlin, zwei Soziale Zentren in Barcelona, das Soziale Zentrum »David Castilla« in Madrid und ein weiteres in Girona und das besetzte Guiness-Gelände in London.
Alle diese Räumungen sind auf heftigen Widerstand von HausbesetzerInnen und AnwohnerInnen gestoßen. Die europäischen Kommunen wollen offensichtlich aufräumen, die Stadt soll gesäubert werden, und alle Unerwünschten, die sich in den Plänen des Spekulantentums und des Kommerz zur Umstrukturierung unserer Städte nicht wiederfinden, sollen vertrieben werden.

Insgesamt 48 Festnahmen und 15 Verletzte sind die Bilanz eines Polizeieinsatzes vom 28. Oktober in der katalanischen Metropole Barcelona, die vielleicht einigen noch im Zusammenhang mit der Olympiade 92 ein Begriff ist. Das bereits seit dem 10. März besetzte und an der verkehrsreichsten Straße des Zentrums liegende, zum Sozialen Zentrum umfunktionierte, alte Kino »Cine Princessa« wurde an diesem Tag von der Polizei unter Einsatz von Gummigeschossen, Tränengas und Hubschraubern gestürmt. Brennende Barrikaden und Steinwürfe waren die Antwort auf eine Politik der Zerstörung und einen brutalen, absolut überzogenen Einsatz der »Ordnungsmacht«.
Offiziell ist, soweit wir es in Erfahrung bringen konnten, von vier Festgenommenen die Rede.
Aber damit nicht genug: »La Hamsa«, eine ehemalige Fabrik im Stadtteil »Hostafranc«, ebenfalls Soziales Zentrum, bestand seit dem 1. März und wurde am 16. September geräumt. Desweiteren wurden im Stadtteil »Gracia« mehrere Wohnungen geräumt. Über die Hintergründe war in den einschlägigen Blättern leider nichts zu erfahren.
Und last but not least wurde am 27. September eine alte besetzte Fabrik im Stadtteil »Terrassa« geräumt, die morgens erst besetzt worden war. Am Abend fand eine Neubesetzung statt, in deren Anschluß die Polizei, dein und mein Freund und Helfer, das Gebäude zwei Tage umstellte. Die erneute, für den 4. Oktober geplante Räumung, wurde durch die Intervention eines Stadtverordneten der PSOE (Partido Socialista Obrero Español - Sozialdemokratische und ehemalige Regierungspartei Spaniens) verhindert, auch mit dem Verweis auf die Brutale Vorgehensweise der Polizei während der ersten Räumung. Trotzdem ließ der zuständige Richter verlautbaren, daß er diese Räumung mit allen Mitteln zuende bringen würde und drohte dem PSOE-Abgeordneten mit Repressalien. Noch am 4. Oktober wurde Berufung gegen den Räumungsbeschluß eingelegt. Dabei wurde sich auf Art. 245 des neuen spanischen Strafgesetzes (»codigo penal«) bzw. auf dessen Unrechtmäßigkeit berufen. In diesem Artikel wird der Tatbestand der »illegalen Besetzung« (»ocupacion ilegal«) definiert. An diesem 4. Oktober kam es in Barcelona zu einer Demonstration von rund 300 UnterstützerInnen, am 5. 10. gab es verschiedene Solidaritätsbekundungen. Trotzdem stürmten am 7.10. Unmengen von Polizisten durch Fenster und Dach das Haus. Die Betroffenen mußten sich in einer Reihe hinsetzen, ihre Daten wurden aufgenommen. Anschließend wurden sie von dem Gelände auf etwa 200 Meter Abstand weggejagt, bis auf die 10 Leute, die keine Ausweise dabei hatten. Die Räumung ging dann sehr schnell ...
Es folgte eine Spontandemo beim Gericht, wobei die Leute sich zum Schluß vor dem Gerichtsgebäude hinsetzten. Sie wurden dann auch von dort brutal von diesen Polizistenbastarden abgeräumt.. Die Folge: 29 Verletzte, 3 brauchten medizinische Hilfe.
Auch aus dem Rathaus kamen anschließend kritische Stimmen bezüglich des Verhaltens der Polizei, z.B. von einer Gerichtsangestellten. Außerdem wurde gegen das Verhalten von Beamten Anzeige erstattet. Von der katalanischen Presse wurde das Verhalten der Polizei nach unserem Wissen weitgehend gedeckt.
Auch das besetzte Soziale Zentrum »David Castilla« in Madrid wurde im September auf brutale Art und Weise geräumt, wie auch das »Ateneu de Banyoles« in Girona in Katalonien.
In England mußte die Initiative »the land is ours« (eine Art »Landrechtskampagne«) einen heftigen Rückschlag hinnehmen. Das seit sechs Jahren leerstehende und dem multinationalen Guiness-Konzern gehörende Fabrikareal in Wandsworth/London (wir berichteten in Zeck Nr. 50), das seit April diesen Jahres besetzt war, wurde am 15. Oktober geräumt.
In Thessaloniki/Griechenland droht dem dortigen Sozialen Zentrum, der »Villa Varvara« die Räumung. Diese Maßnahme ist Teil der Strukturveränderungen, die Thessaloniki den Titel »Kulturhauptstadt Europas 1997« einbringen sollen. Die »Villa Varvara« ist ein Gebäude in der Altstadt Thessalonikis, das seit fast drei Jahren besetzt und zu einer wichtigen Einrichtung der anarchistisch-antiautoritären Szene geworden ist. Geplant ist, das Gebäude in ein »Kulturzentrum« (man höre und staune!) umzubauen. Leider wurde bislang vergeblich versucht, den verantwortlichen Behörden zu vermitteln, daß die Villa bereits ein soziales, und damit ja auch ein kulturelles Zentrum ist. Oder ist das etwa Definitionssache!??
In diesem Sinne: »Kein Bock auf beschissene Kommerzkultur in Griechenland und anderswo!«, »Fight the Power!«
Kontakt: Villa Varvara, P.O.-Box 50868, 54014 Thessaloniki, Griechenland

Halte au Massacre!

Weiterhin erfolgreicher Widerstand gegen Autobahnbau in den Pyrenäen

Der Widerstand gegen eine autobahnähnliche Schnellstraße durch das Vallée d'Aspe in den atlantischen Pyrenäen geht weiter. Noch ist das Tal eine Idylle ohnegleichen, noch leben hier die letzten Braunbären Westeuropas, noch gibt es hier die "Goutte d'Eau", eine ehemalige Wanderherberge, die sich in den letzten Jahren zu einem in ganz Frankreich bekannten öko-anarchistischem Zentrum entwickelt hat. Noch nie davon gehört? Dann los:

Es war einmal ein friedliches Pyrenäental, in dem 1979 Eric Pététin, Soziologe und Totalverweigerer aus Paris, Zuflucht vor den Feldjägern sucht. Ein Jahr lebt er bei Schäfern in den Bergen, dann erläßt die Regierung eine Generalamnestie und er kommt herunter ins Tal, findet eine leerstehende kleine Bahnstation und FreundInnen, mit denen er diese zu einer alternativ angehauchten Herberge umbaut. Ganz ordentlich von der Bahn gemietet und mit freundlicher Unterstützung der EU. Und um ein Haar hätten sie bis ans Ende ihrer Tage auf der Terasse gesessen, Wein getrunken und den Adlern nachgeschaut, aber das wäre ja langweilig gewesen und zudem keine Geschichte, die wir hier erzählen müßten.

Deshalb schuf Gott den Neoliberalismus. Der sorgte dafür, daß das Kapital 1989 stolz den Einzug des Fortschritts im Vallée d'Aspe verkündete: Die alte, schmale und kurvenreiche Straße durchs Tal sollte durch eine ordentliche, breite und gerade Trasse ersetzt werden. Und statt die Pyrenäen wie bisher auf einem 1600 Meter hohen Paß, dem Col du Somport, zu überqueren, soll die neue Route durch einen gigantischen Tunnel, den Tunnel du Somport, nach Spanien führen. Der freie Güterverkehr soll also zukünftig ungehinderter abgewickelt werden können. Das ganze ist dann Teil der E7, einem der schicken *Trans European Networks*, die wir brauchen, um nicht unversehens in die Steinzeit zurückzufallen. Dafür lohnt es sich, einen hohen Preis zu zahlen, und da hört der Spaß auf: Ein einzigartiges Tal, eines der letzten wilden und nahezu intakten Pyrenäentäler wird zerstört, wird einer sinnlosen Lärm- und Abgaslawine geopfert. Berge werden aus dem Weg gesprengt, Dörfer planiert und der Fluß kanalisiert. Diese Maßnahmen werden für das Projekt unumgänglich sein, da für eine breite Straße schlicht kein Platz ist. Denn im Querschnitt sieht vor allem der obere Teil des Vallée d'Aspe, das insgesamt ca. 50 Km lang ist, ungefähr so aus: Felswand, Fluß, Felswand.

Das Tal ist sehr dünn besiedelt, und die meisten jüngeren Leute verlassen es auf der Suche nach Arbeit. Leichtes Spiel für die Technokraten und Demagogen, die der verbliebenen Bevölkerung (über 50% sind älter als 60 Jahre) die stets gleiche simple Rechnung aufmachte: Straße = Wohlstand, Arbeit, Milch und Honig usw.

Und so wurden Pététin und seine GenossInnen, die sich von Anfang an dem Widerstand gegen die Zerstörung verschrieben hatten, zu Beginn ihres Protestes nur milde belächelt. Als sie auf ihrer ersten Kundgebung, zu der gerade mal 100 Leute erschienen, verkündeten, daß dies nur der Beginn einer großen, einer internationalen "Non au Tunnel du Somport"-Bewegung wäre, nahm das niemand ernst. Die Sache schien sicher: Die französische und die spanische Regierung, die EU, das ganze Europa der Großkonzerne stand (und steht) hinter dem Projekt. Die Lokalpolitiker waren schnell gekauft (einige von ihnen machen zur Belohnung bereits in Paris Karriere), die regionale Presse legte ebenfalls eine große Straßenbau-Euphorie an den Tag.

Aber schon wenig später gruben Öko-Aktivisten den Vorgarten des damaligen EU-Verkehrskommissars Karel van Miert um, um ihm zu zeigen, was für Unannehmlichkeiten so ein Tunnelbau mit sich bringt. Im Vallée d'Aspe wurden immer wieder Baufahrzeuge blockiert und sabotiert, die Arbeiten zeitweise zum Erliegen gebracht.

Pététin erinnert sich: "Jetzt wurde die Repression intensiver, weil unsere Aktionen die lokalen Herrschenden ernsthaft beunruhigt haben: Verhaftungen und Verhöre, Hausdurchsuchungen in der Goutte d'Eau." Die Arbeiten wurden fortan von einer Busladung der "Gardes Mobiles", einer Art paramilitärischer Sondereinheit, überwacht, die jede Behinderung im Keim ersticken sollten. Den ersten "Internationalen ökologischen Brigaden" (Pététin), einem Haufen belgischer, deutscher und französischer Ökos, wird im April 1992 mit Tränengas, Gummigeschossen, Knüppelschlägen und Verhaftungen schnell klargemacht, daß sie zukünftig den Fortgang der Arbeiten bitte nicht mehr behindern mögen. Diese Vorfälle und skandalöse Haftbedingungen der Ingewahrsamgenommenen führen zu internationalem Protest und veranlassen die damalige Umweltministerin, Ségolène Royal, die zuständige Polizeipräfektur zum Unterlassen derart entmenschter Einsätze aufzufordern. Die Polizeipräsenz wird aber noch verstärkt. Eine Hundertschaft Gardes Mobiles wird in einem ehemaligen Schullandheim in unmittelbarer Nähe der Tunnelbaustelle stationiert.

Trotzdem erreicht die erste Repressionswelle nicht ihr Ziel. Der Widerstand wächst an, Das Vallée d'Aspe wird in ganz Frankreich Tagesgespräch.

Die Straße spaltet indes schon vor ihrem Bau die Talbevölkerung. So entschlossen sie von den einen bekämpft wird, so sehr sind die anderen den Lügen der Technokraten erlegen und werden auf ihre Art aktiv. Sie formen eine Art Bürgermiliz, patrouillieren nachts durchs Tal, um Sabotageaktionen zu verhindern, und zünden einen neben der Goutte d'Eau abgestellten, als Unterkunft umgebauten Eisenbahnwaggon an. Sie wissen Polizei und Justiz hinter sich und haben kaum Konsequenzen zu fürchten.

Pététin wird wegen verschiedener Sabotageaktionen, die er meistens öffentlich durchführt, immer wieder zu teilweise mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt. 1994 sitzt er mit der Erwartung von 14 Monaten Knast ein, eine landesweite Solidaritätsbewegung erreicht jedoch seine vorzeitige Freilassung: Eine der letzten Amtshandlungen Mitterands ist die Begnadigung von Eric Pététin.

Eine große Allianz von Umweltverbänden organisiert derweil Demonstrationen mit bis zu 10.000 TeilnehmerInnen, doch Pététin und seine Goutte d'Eau stehen inzwischen recht alleine da. Denn sie beschränken sich nicht auf die "Unser Tal soll heile bleiben"-Politik der bürgerlichen Verbände, sondern ordnen ihren Widerstand in einen größeren Rahmen ein, beziehen klar antikapitalistische Positionen und werden dafür erwartungsgemäß mit Mißachtung gestraft:

"Gemeinsam mit allen, die den Wirtschaftsliberalismus bekämpfen, der schonungslos unseren Planeten zerstört und die Völker versklavt, soll die Goutte d'Eau ein Ort sein, wo die wunderbare "Internationale der Hoffnung" gelebt wird, die sich der Subcommandante und Revolutionär Marcos in dem Text "Gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit" wünscht.", heißt es in einer Erklärung der Goutte d'Eau. Hier trifft sich der baskische Verweigerer mit dem französischen Anarchisten. Sowas findet Greenpeace nicht wirklich gut.

Im Moment sehen die acht ständig in der Goutte d'Eau lebenden Menschen mit gemischten Gefühlen in die Zukunft: Die französische Bahn will das Gebäude verkaufen. Das Vorkaufsrecht hat die Gemeinde, und die reibt sich schon die Hände, damit sie als neue Besitzerin die "Langhaarigen und Drogensüchtigen" (im Tal kursierendes Counter-Flugblatt), die bisher reguläre MieterInnen sind, endlich räumen lassen kann. Die Goutte versucht derzeit als Mieterin das Vorkaufsrecht zu erklagen. Die Gerichtsentscheidung wird voraussichtlich im Februar oder März gefällt. Sie sind entschlossen, ihr Haus und ihr Tal nicht freiwillig zu verlassen, und sie brauchen unsere Solidarität!

Wer im Winter nicht hinfahren mag, sollte wenigstens im Sommer (wenn's dann nicht zu spät ist) nicht an irgendeinem Strand verblöden, sondern sich in die phantastische Welt der Pyrenäen begeben, großartige Menschen kennenlernen, Spaß haben und für die gute Sache kämpfen.

No Pasaran! Pasaremos!

La Goutte d'Eau
Vallée d'Aspe
F-66940 Cette-Eygun
Tel. 0033-59 34 78 83

Mit der Bahn über Pau bis Oloron-Ste. Marie, dann die N134 Richtung Spanien trampen (ca. 40 km) oder mit dem Bus von Oloron Richtung Canfranc, hält genau vor der Goutte. Im Haus gibt es Übernachtungsplätze und Kochmöglichkeiten und außerdem eine prima Kneipe. Im Sommer empfiehlt sich ein Zelt. Im Fluß läßt es sich gut schwimmen. und und und...



KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00









BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag - Donnerstag 9.30 - 18.00 Uhr
Freitag 9.30- 18.30 Uhr, Samstag 10.00 - 14.00 Uhr







Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken

im FRITZ BAUCH



Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrucktuierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr.: 12-18 Uhr
Do. FrauenLesbentag
Sa.: 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

some more dope things to do



rote flora

so, 1.12. frauenfrühstück
ab 12 uhr.

sa, 7.12. rote hilfe soliparty
ab 21 uhr.

fr, 13.12. maria mante
die 86 jahre junge chansonette bietet chansons vom feinsten. vokü, 20 uhr.

sa, 14.12. genf und bassbanditen
instrumentalmusik ohne unnötige dudeleien, dafür mit druck ist das metier der kölner von genf. im anschluß daran legt das ebenfalls aus köln stammende bassbanditen soundsystem breakbeats und neue elektronische musik auf. ab 21 uhr.

so, 15.12. frauenfrühstück
ab 12 uhr.

sa, 21.12. hammerheart vs roots commandment
reggae dancehall style going basement, ab 22 uhr.

di, 24.12. vollmondorchester

mi, 25.12. resisters und puncto g.
konzert mit den zwei frauenbands aus der schweiz und spanien, ab 21 uhr.

fr, 27.12.-so, 29.12. chaos communication congress
getting wired mit netzwerken, netsurfen, diversen workshops, diskussionsveranstaltungen, einem funk- und radiotreff via fsk und partyspace.

di, 31.12. navigating into 97
dub me ruff und sound navigator kontrollieren desk und turntables,ab 22 uhr.

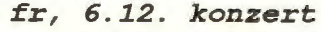
sa, 4.1. soliparty für den linken laden im ksk

sa, 11.1. shantytown soundsystem

ständige termine in der flora:

Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. *Dienstag:* 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. *Mittwoch:* 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. *Donnerstag:* 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. *Samstag:* 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. *Sonntag:* jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.

archiv der sozialen bewegungen und foto archiv: Do 16-19 Uhr (Ludwigstraße 13, 1. Stock)



störtebeker



fr, 6.12. konzert
aurora (ungarn), ***jay church*** (sf) melodic punk nacht, 21 uhr.

sa, 21.12. konzert
slobbery dognose (d), ***turbo negro*** (nor) trash rock'n'roller treffen auf punks of poison idea/dead boys fame, 21 uhr.

mo, 30.12. konzert
hamburg special, bands tba, 21 uhr.

sa, 11.1. konzert
drunk (nor) trinkfeste ex-life but how to live it und so much hate guys aus oslo, alles ein bischen rockiger und poppiger als back in the dayz, 21 uhr.